

Digitale Transformation: neue Wege in die Zukunft der öffentlichen Verwaltung

Mit dem Versprechen hoher Effizienz und Effektivität ist die Digitalisierung der Verwaltung Auslöser für eine grundlegende Neugestaltung öffentlicher Verwaltungsleistungen rund um den Globus. Arbeits- und Kommunikationsabläufe stehen hier ebenso im Fokus digitaler Innovationen wie Abläufe zwischen Verwaltungen und ihren Kunden. Ziel ist es, Leistungen und Service von öffentlichen Verwaltungen zu verbessern und Bürokratie abzubauen. Nicht zuletzt besitzt die Digitalisierung das Potenzial, durch die Bereitstellung und den Zugang zu Informationen (Open Data, Open Government) öffentliches Verwaltungshandeln transparent zu machen. Auch eine stärkere Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern an politischer Willensbildung und Entscheidungsprozessen kann durch digitale Anwendungen gefördert werden. Mittels neuer Technologien sind auch gänzlich neue Verwaltungsprodukte und Transformationen ganzer Behörden vorstellbar.

Bereits 2013 ist das Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung (EGovG) des Bundes in Kraft getreten, dem entsprechende Gesetze der meisten Bundesländer folgten. Allerdings verweisen internationale und europäische Studien auf eine im Vergleich unterdurchschnittliche Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung in Deutschland. Im jährlichen Ranking der Europäischen Kommission zum Fortschritt der Digitalisierung (DESI) liegt Deutschland für den Bereich »Öffentliche Dienste« z. B. nur auf Platz 21 und damit weit unter EU-Durchschnitt. Innovationsländer in Europa sind den Studien zufolge Estland, die Schweiz, Österreich und Dänemark. Auch in den politischen Diskussionen wird zunehmend problematisiert, dass Deutschland bei der Digitalisierung seiner Verwaltung ein strukturelles Defizit hat. Im Koalitionsvertrag 2017 wurde die Digitalisierung der Verwaltung aufgegriffen und mit verschiedenen Maßnahmen verknüpft. Jüngst wurde durch die Bundesregierung ein Digitalrat eingesetzt und mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) das Ziel

formuliert: Ab 2022 sollen alle Dienstleistungen des Bundes, der Länder und der Kommunen für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen digital über Onlineportale zugänglich sein.

In den aktuellen fachöffentlichen Debatten wird auf die Potenziale von Systemen der sogenannten künstlichen Intelligenz (KI) und der Distributed-Leger-Technologie (DLT) für den Bereich der öffentlichen Verwaltung verwiesen. Mit KI-Technologien werden selbstständig und datenbasierte Entscheidungsprozesse verbunden, deren vielfältige Einsatzszenarien insgesamt in einer Erhöhung der Effektivität, Qualität und Sicherheit von Verwaltungsprozessen resultieren können. Ähnliches gilt für DLT und Blockchain, welche z. B. ermöglichen könnten, Transaktions- und Prozessmanagement im Zusammenhang mit Registern und Grundbüchern effizient und sicher zu gestalten sowie behördenübergreifend zu automatisieren.

Ziel und Vorgehensweise

Ausgangspunkt der TA-Untersuchung bildet eine prospektiv ausgerichtete Analyse der Technologieentwicklung und deren Innovationspotenziale für die Entwicklung der öffentlichen Verwaltung in Deutschland unter Einbezug von Good-Practice-Beispielen und Erfahrungen der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen aus dem Ausland. Der Fokus soll hier auf den Veränderungspotenzialen durch KI und DLT/Blockchaintechnologien in der öffentlichen Verwaltung liegen, mit besonderem Augenmerk auf jeweils gesellschaftlich relevante Aspekte (wie z. B. die Berücksichtigung ökologischer Effekte):

➤ *Innovationspotenziale durch KI:* Welche Potenziale bestehen für KI Systeme im Kontext der öffentlichen Verwaltung? Was sind jeweils die Vorteile des Einsatzes (z. B. Kosteneffizienz, Verfügbarkeit, Zuverlässigkeit), was sind die Nachteile und Risiken (z. B. Per-

sonalabbau, mangelnde Transparenz, Diskriminierung)? Welche rechtlichen und wertebasierten Fragen ergeben sich aus der weiteren Anwendung (z. B. Standardisierungsvorgaben)?

➤ *Innovationspotenziale durch DLT und Blockchain:* Welche Innovationspotenziale sind mit dem Einsatz von DLT und Blockchain für die öffentliche Verwaltung verbunden (z. B. E-Payment, Katasterverwaltung)? Was sind die Vorteile des Einsatzes (z. B. Verfügbarkeit, Ausfallsicherheit), was sind die Nachteile (z. B. Manipulierbarkeit, technische Limitierungen)? Welche Rechtsfragen ergeben sich (z. B. Datenschutz)? Welche wertebasierten Innovationsansätze können identifiziert werden?

Angesichts der Breite der Aufgaben öffentlicher Verwaltung werden ausgewählte Innovationsfelder vertieft untersucht und die Potenziale der Digitalisierung in Hinblick auf ausgewählte Innovations- und Nutzenpotenziale für die Verwaltung von Bund, Ländern und Kommunen sowie ihre verschiedenen Kunden (Verwaltungen inner- und außerhalb Deutschlands, Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger) analysiert. Auf dieser Basis werden innovationsorientierte Szenarien der digitalen Verwaltung in Deutschland mit einem Zeithorizont bis 2030 erarbeitet. Ziel ist es, Orientierungswissen zu liefern und Handlungsansätze für die Politikgestaltung aufzuzeigen, wie durch die Digitalisierung Aufgaben der öffentlichen Verwaltung effizienter, aber auch wertebasiert durchgeführt werden können.

TA-Projekt

Chancen der digitalen Verwaltung

Themeninitiative

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Kontakt

Michaela Evers-Wölk
+49 30 803088-43
m.evers-woelk@izt.de